



Antrag

der Fraktionen von **CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP**

Weiterentwicklung des Gänsemanagements in Schleswig-Holstein

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass in Folge der Zunahme der Wildgansbestände, insbesondere der Nonnengans, auf den Inseln und an der Westküste Schleswig-Holsteins Fraßschäden auf den Kulturflächen auftreten, die ein existenzbedrohendes Maß für die Landwirtinnen und Landwirte in der Region annehmen können. Er begrüßt die von der Landesregierung bislang ergriffenen und angekündigten Maßnahmen.

Insbesondere bekräftigt der Landtag,

- dass eine Ausnahmemöglichkeit für die Entnahme von Gänsen erwirkt und dabei der geltende Rechtsrahmen zur jagdlichen Reduktion von Gänsebeständen ausgeschöpft wurde,
- dass über Satellitenbild-Auswertungen ein genauer Überblick über die Fraßschäden geschaffen wird, um auf dieser Grundlage das Gänsemanagement weiter zu optimieren und so die Fraßschäden zu verringern bzw. finanziell auszugleichen,
- dass unter Ausschöpfung des Rechtsrahmens 49% der 13.000 Hektar Salzwiesen beweidet werden und somit auch als Ausweichflächen den Gänsen zur Verfügung stehen,

- dass u.a. über den Vertragsnaturschutz finanzielle Unterstützung für betroffene Betriebe geleistet wird und die Landesregierung darüber hinaus Instrumente entwickelt, mit denen im Rahmen der neuen GAP-Förderperiode die Gänsefraßschäden finanziell gezielter kompensiert werden können,
- dass eine Anpassungsberatung der Betriebe auf den Inseln geleistet wird, die als wesentlicher Beitrag zur Konfliktreduktion auch in Zukunft weiter ausgebaut werden soll; die Pilotprojekte auf der Insel werden in dem Sinne fortgesetzt und weiterentwickelt,
- dass die Reduzierung der Eier durch Entnahme bereits stattfindet und die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden sollen, um die Zahl der eingesammelten Eier der hier brütenden Gänse zu steigern,
- dass die Landesregierung bei der Beseitigung nicht verwertbarer Kadaver Unterstützung anbietet, falls die dabei entstehenden Kosten dem Ausnutzen der schon vorhandenen Abschussmöglichkeiten entgegenstehen,
- dass Antragsverfahren für die Abschussgenehmigungen von Gänsen Ende 2020 erleichtert wurden und die Möglichkeiten ausgeschöpft werden, Abschussanträge weiter zu beschleunigen und zu vereinfachen und dafür die jagdrechtlichen Regelungen weiter anzupassen.

Der Landtag erkennt die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung hinsichtlich des Gänsemanagements an und fordert die Landesregierung auf, diesen Weg fortzuführen sowie alle Möglichkeiten zur Entspannung der Situation auch weiterhin auszuschöpfen.

Klaus Jensen
und Fraktion

Marlies Fritzen
und Fraktion

Oliver Kumbartzky
und Fraktion